

Wossische



Zeitung

10 Pfennig

Gründet

1704

Mit
Kurzgettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Verlagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Verlags-Zentrale (Hilflos): Am Dönhofs (A 7) 3900-3905,
für den Fernverkehr Am Dönhofs 3906-3908. Telegramm-
Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 606.

Mehrheit für Braun

35 Stimmen

Zu Preussens Landtag fand heute um 2 Uhr nachmittags die Abstimmung über den von den Kommunisten eingebrachten Misstrauensantrag gegen die

preussische Regierung statt. Der Antrag wurde mit 233 gegen 198 Stimmen abgelehnt. Das Ergebnis ist ein großer Erfolg für die äußersten Rechten und einen Beweis, der so den Reichstagsabgeordneten der Regierungsparteien überführt wurde.

Brünings Programm-Erklärung

Der Parlamentarismus liegt angeblich im Sterben, und manche haben ihn sogar schon totgeklärt. Aber wie sieht jetzt täglich das ungeschändliche und lebendige, erstarkte Interesse, das sich im heutigen Volk für die Geschicke im Parlament zeigt: es wird wieder, da auf der Tagesordnung die Entgegennahme der Regierungserklärung steht. Ihre wesentliche Inhalt ist durch die öffentlichen Vorgesandten, die das Kabinett während der letzten Wochen eingebracht hat, und die Kenntnis, daß die Regierung die Hauptaufgabe in der Sanierung der Finanzen und der Befähigung der Arbeitslosigkeit sieht. Aber darin wird sich die Programm-erklärung nicht unterscheiden. Es ist selbstverständlich, daß sie auch auf das Wohlergehen vom 14. September eingeht, die innerpolitischen Streitigkeiten behandelt und die auswärtige Politik umfaßt, wie in deren Vorbereitung zur Zeit das öffentliche Leben ist. Das alles erfüllt sich fast von selbst, und es kommt nur darauf an, wie die einzelnen Teile des Programms untereinandergefügt werden. Bei der ungeschwätigen Lösung, die das Kabinett dieser Reichstage gegenüber hat, wird es mehr als je von Bedeutung sein, welche Partei die Regierung in ihrer Programm-erklärung anführt. Die Wirkung des ersten Auftritts wird entscheidend sein. Den Nationalsozialisten und den Kommunisten wird die Mehrheit zugesprochen, durch Äußerungen der Reichstags- und der Reichstagspräsidenten über die Aufgabe wiederwärtigen Reichstagspräsidenten über die, die Rechte des Parlaments gegen solche Gebotverträge zu wahren. Wie sich die Reichsregierung gegen diese politische Slogane des Nationalsozialismus und der ihm bürgerlich gewordenen Gruppen der bürgerlichen Parteien durchsetzt, das hängt von der Sprache ab, die der Reichstagspräsident vor dem Reichstage halten wird, von der Freistärke, die er erzieht.

nachlässigen Geist gehen, und er ist empört, daß der Nationalsozialisten Schritte sich heranzulassen, die als Mißverständnisse unter Völkern zu antworten. Mehrfachigweise überläßt er, daß der Deutschnationale Chef der dritte der Mißverständnisse geworden ist. Es geht also weniger um Prinzip als um die Eifersucht auf die Konkurrenz.

Daß die Nationalsozialisten anders handeln als sie reden, sich selber gar nicht so furchtbar ernst nehmen, das kann keine Überzeugung sein. Es hat der kommunistische Abgeordnete Georgien den Nationalsozialisten vorzugesagt, daß sie für Dr. Schulz als Präsidenten geeignet haben, obgleich er mit einer Französischen Abstammung verheiratet sei. Es ist latlos, das Privatleben in die politische Erörterung einzubringen, und gar vor dem Familienleben soll auch der politische Gegner halt machen. Aber der Kommunismus hat diese Entladung vorgebracht, um daran erinnern zu können, daß die Nationalsozialisten im vorigen Reichstage folgendes Geheiß vorgelesen haben:

„Aber durch Vermählung mit Angehörigen der jüdischen Blutgemeinschaft oder farbigen Rasse zur völligen Verschlechterung und Verfertigung des deutschen Volkes beiträgt oder beizutragen droht, wird morgen Reichstagspräsident mit Zuschuß bestraft.“

Auch die Bestrafung sollte bestraft werden, und der Kommunismus ging so weit, in dem Entzernen der Nationalsozialisten für die Wahl des Abgeordneten Scholz eine solche Bestrafung zu sehen.

Die Nationalsozialisten wollen den nächsten Eindruck dieses Vorhalts dadurch vermeiden, daß sie eine Reihe neuer scharfer Gesetzentwürfe eingebracht haben, u. a. den „familiäre Bonzen- und Verfallgesetzen“ und ein Gesetzentwurf zu erklären und alle Kapitalisten, die Werte ins Ausland verfrachten haben, schwer zu bestrafen. Dr. Frid hat gestern von dem „anti-marxistischen“ Wahlergebnis des 14. September gesprochen. Diese Nationalsozialisten jetzt beantragen, geht an „Marxismus“ weit über das hinaus, was vernünftige Sozialdemokraten für möglich halten. Im so großer ist die Verwandtschaft mit den Kommunisten. Wenn man die Deutschen des Reichstages, dann findet man, daß die nationalsozialistischen und kommunistischen Angriffe einander gleichen wie ein Ei dem anderen.

Die Tendenz der letzten Reichstagsarbeit richtet sich nicht gegen den Marxismus, der genau so klar ist wie vorher, sondern gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung, gegen die sich in diesem Reichstag eine Mehrheit teils aufbringen läßt. Die Verren von der Deutschen Volkspartei, von der Wirtschaftspartei und dem Landvolk sind so, als hätten sie davon noch nicht gemerkt. Aber, wenn sie die Augen bauer verschließen, könnten sie ihnen eines Tages übergeben.

Die Börse wieder optimistisch

Die politische Erwartung, daß im Reichstag die Misstrauensanträge gegen die Regierung heute nachmittags abgelehnt werden, läßt an der Börse eine sehr langen nicht mehr bekannte Aufsteigen aus. Diese Bewegung wurde noch unterstützt durch das Befannt werden einer Vertrauensvereinbarung amerikanischer Banken zu den deutschen Bonds, wodurch wir im Handelskreis ausschließlich bestanden.

Die Kurse an der Börse erheben in vielen Fällen Steigerungen um 5 bis 7 Punkte. Eine Reihe von Werten war noch fester befestigt. Die äußeren Zeichen sind die Kaufstrebendigkeit, die nicht weniger als 30 Stellen bei der Feststellung des ersten Kurzes mit Plus-Minus-Zeichen an den laudativen Bursenstellen erschienen. Das Geschäft wurde zwar im Verlaufe ruhiger. Die Tendenz blieb aber unverändert fest.

Der Reichsarbeitsminister hat das Wort

Die Arbeitgeber haben die Reichsministererklärung des Schlichtungsbeirats beantragt, der für die Berliner Metallindustrie einen Lohnabbau von 8 bis 6 v. S. vorschlägt.

Der äußere Anlaß für die Einleitung einer Vermittlungsaktion ist gegeben. Die Reichsministererklärung ist beantragt. Es ist jetzt Aufgabe des Reichsarbeitsministers, Maßnahmen einzuleiten. Die Parteien müssen nicht einmal an den Verhandlungstisch gedrückt werden. Obwohl der Streit in vollem Gange ist, sollen die Führer noch einmal den Versuch machen, eine Grundlage für eine Einigung zu finden. Es ist die letzte Möglichkeit. Sie muß zu einer Beschleunigung führen.

Das Ziel dieser Verhandlungen ist klar: sie sollen die Voraussetzung für die Wiederaufnahme der Arbeit schaffen. Es wird nicht leicht sein, einen Weg zur Erreichung dieses Zieles zu finden. Die Arbeitgeber weisen darauf hin, daß eine Beschleunigung der Arbeitslosigkeit ohne eine Senkung der Gehaltsleistungen nicht möglich ist. Die Arbeiter sind nicht zu erreichen. Die Arbeiter sind fast entschlossen, sich gegen eine auch nur vorübergehende Senkung des Reallohns mit allen Mitteln zu wehren. Sie haben auch eine Verlängerung des bisherigen Lohnfortschritts bis zum Ende dieses Jahres abgelehnt. Sie würden einer geringen Lohnsenkung zustimmen, wenn unter gleichzeitiger Arbeitsverteilung Arbeitslose wieder eingestellt würden. Aber auch dieser Weg wird jetzt von den Arbeitgebern abgelehnt. Sie erheben sogar in diesem Augenblick die Forderung nach einer verlängerten Arbeitszeit: die Bereinigung deutscher Arbeitgeberverbände lehnt in einer Entscheidung einen gleichzeitigen Zugang zur Vertiefung der Arbeitszeit ab. Es betont, daß eine Verminderung der Arbeitszeit lediglich durch Senkung der Gehaltsleistungen möglich ist. Ihre erste noch Lage der Dinge nur durch Lohnsenkung und gegebenenfalls durch Arbeitszeitverlängerung mit entsprechender Stundenlohnsetzung herbeigeführt werden könne.“ Die offenen Feindschaften haben also ihren Wertung getan: die Gegenläufe sind schoffer denn je.

Es ist zweifellos, daß die Frage zu erörtern, ob die Gewerkschaften recht daran hätten, bevor überhaupt ein Lohnabbau durchgesetzt war, den Streit zu erörtern und so die Gegenläufe zu verhindern. Während ist es, die Frage zu klären, in welcher Richtung eine Lösung des scharfen Konflikts gefunden werden kann. Obwohl ist der Augenblick einer ruhigen Überlegung, die an den wirtschaftlichen und politischen Notwendigkeiten orientiert ist, nicht günstig. Dennoch müssen Argumente und Tatsachen klar gesehen werden, wenn ein zweifelhafte Boden für eine Verständigung gefunden werden soll.

Das deutsche Preisniveau ist fast überall zu hoch. Wir haben am Weltmarkt eine Revolution der Preise für Rohstoffe und Agrarprodukte erlebt. Jeder weiß, daß wir in Deutschland von dieser Revolution sehr wenig merken. Es stellt ein Unterschied zwischen unseren Preisen und den Preisen des Weltmarktes. Der Unterschied muß beseitigt werden, es muß der Anschluß an den Weltmarkt gefunden werden. Preisliche Unvollkommenheiten, die sich auf einem Niveau feststellen haben, das vor dem Zusammenbruch der Rohstoffpreise erreicht war, stehen dieser Anpassung im Wege. Preisliche Kaffen, Zinsen, Zölle sind zu hoch; sie müssen geändert werden. Das ist die unabweisbare Forderung aus einer an den wirtschaftlichen Notwendigkeiten orientierten Lösung, an der Möglichkeit, daß die Entlaste nichts ändert, daß die Forderung des Lohnabbaus seit Jahren von Interessenten im Dienste von Interessentenwünschen erhoben worden ist.

Ein Abbau des Gehaltsniveaus ist unabweisbar. Dieser Meinung war auch offenbar der Schlichter, es für die Berliner Metallindustrie den Schlichtungsbeirat. Eine andere Frage ist jedoch, wie dieser Abbau für die Arbeiter getragen werden kann. Es ist unabweisbar, daß der Schlichtungsbeirat ein Zielmarkt auf diese Frage nicht gibt. Es ist der Versuch gemacht worden, auf direktem Wege zu einem Erfolg zu kommen. Mit welchem Folgen, sehen wir jetzt. Es erscheint daher notwendig, andere Möglichkeiten in den Kreis der Betrachtung zu ziehen. Es ist von einer Begegnung von Lohn- und Preissteigerung nach dem Wähler des bestimmten Despanner Schlichtungsbeirats für die notwendige Gleichgewichtsgepunkte geworden. Es ist heute ein entscheidender Augenblick für die Durchführung dieser Arbeit durch die Senkung der Preise für Elektroenergie gemacht. Dennoch kann diese Maßnahme eine wesentliche Entspannung nicht bewirken. Denn nun

muß den Arbeitern schon beifällig, daß nur eine flüchtige Geltung der Preise für die Gegenstände des täglichen Bedarfs den Arbeiterverhältnissen wirklich zu entsaften vermag.

Von den Gewerkschaften ist der Vorstoß gemacht worden, den Kampf gegen die Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit durch eine Erziehung der Arbeit aufzunehmen. Erst in diesen Tagen hat der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund konkrete Vorschläge zur Durchführung einer Arbeitsbeschaffung und entsprechenden Einteilung von Arbeitskräften gemacht. Die Vorschläge gehen von einem hohen Verantwortungsbegriff und mildern eine gründlichere Weiterbildung. Dennoch muß bereits jetzt die die Einwürfe der Praktiker erinnert werden. Die Notwendigkeit der Organisierung eines Schichtwechsels, die Unterschiede in der Arbeitszeit der einzelnen Betriebe, die Komplexierung durch eine Mitarbeiterauswahl aus der Arbeitslosenversicherung machen eine generelle Einführung einer verlässlichen Arbeitszeit zu einem fast unlösbaren Problem. So sehr verlangt werden muß, daß alle grundsätzlichen Bedenken ausgeführt und alle Möglichkeiten gemessenhaft geprüft werden, es ist den Arbeitgebern zuzugucken, daß bisher noch kein Weg gezeigt worden ist, wie eine Arbeitszeitung ohne neuen Unkosten durchgeführt werden kann.

Bisher war die Argumentation eine rein wirtschaftliche. Wir haben davon abgesehen, daß in dem Augenblick, wo es sich um die Frage handelt, wie der Lohnabbau für die Arbeiter tragbar gemacht werden kann, der Boden der rein wirtschaftlichen Notwendigkeiten verlassen werden muß, daß in Kategorien nicht mehr zu trennen ist, was nicht mehr rein wirtschaftlich ist. Es könnte sehr wohl sein, daß eine wirtschaftliche Überlegung zu der Folgerung führt, die Löhne senken zu muß, und daß zugleich eine politische Überlegung zu der Folgerung kommt, sie könnten im Augenblick nicht in dem wirtschaftlich gebotenen Umfang voll gesetzt werden. Wir wollen es gleich vorwegnehmen: dieser Fall scheint uns jetzt gegeben. In dem Augenblick, wo die Regierung nach politischen Gründen für ihr Programm sucht, wo die Verantwortung über die letzten Entscheidungen dieses Gebietes, wo alles nur von der psychologischen Wirkung eines Wortes unter den Massen abhängt, kommt es darauf an, Vertrauen zu schaffen. „Wiederherstellung des Vertrauens durch Entgiftung der politischen Atmosphäre und verantwortungsfreudige Arbeit“, so bezeichnet Geheimrat Wübbert am Donnerstag in der „Börsenzeitung“ u. a. die Forderung des Augenblicks. Durch einen solchen Lohnabbau, der wirtschaftlich noch so sehr gerechtfertigt wäre, würde jedes Vertrauen bei den Massen verlorengelassen werden. Ein Lohnabbau in Umfang des für die Metallindustrie ergangenen Schiedspruchs ist im Augenblick politisch und psychologisch nicht tragbar.

Es ist eine Frage des kleineren Übels. Das größere Übel heißt unerbäuerliche Verbindlichkeitsklärung des ergangenen Schiedspruchs, das kleinere Übel heißt Schaffung eines Kompromisses. So unbefriedigend dieses Ergebnis für einen Wirtschaftsführer, der gewohnt ist, in rein wirtschaftlichen Kategorien zu denken, sein mag, es ist die nützlichere Folgerung aus der Lage des Augenblicks, und nur des Augenblicks. Jetzt aber hat der Reichsarbeitsminister das Wort.

Es ändert sich nichts in Südtirol

Mailand, 16. Oktober

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

Destitutionsmale und nationalsozialistische Blätter haben ihren Leser in der letzten Zeit erwidert, daß in Südtirol eine etwas mildere Handhabung der anti-deutschen Gesetze eingetreten sei. In diese Meldung mischten die deutschen Blätter Kommentare, die sich auf die gutwilligen Beziehungen zwischen Deutschland und Italien bezogen. Von den großen Völkern Italiens sind diese deutschen Kommentare zum Teil lobend nachgedruckt worden. Nun meldet hier aber die Südtiroler sozialistische Presse und befreit eine solche Handlung, wobei sie sich auf amtliche Ausführungen beruft. Der allem ist es nicht richtig, daß der deutsche Privatunterstützt jetzt freigesagen worden sei.

Cypern will zu Griechenland

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

Athen, 16. Oktober

Der englische Kolonialminister ist gestern, aus Paphos kommend, auf Cypern eingetroffen. Viele tausend Bewohner der überwiegen von Griechen besetzten Insel veranstalteten mit den Bürgermeistern an der Spitze Kundgebungen für die Vereinigung mit Griechenland. Die Straßen waren mit griechischen Fahnen besetzt.

Privatinitiative für Arbeitslosenhilfe

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

New York, 16. Oktober

Ein Komitee bestehend aus Vertretern der New-Yorker Industrie, Handels- und Bankwelt hat sich unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten der Bankers Trust Co., Stewart Proffer, gebildet, um Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Organisation einer produktiven Arbeitslosenfürsorge zu beschließen. Das Komitee beabsichtigt, wöchentlich eine Summe von 150.000 Dollar in den nächsten vier Monaten für Arbeitslosenarbeiten und in diesem Betrag 10.000 Arbeitslosen, die mit öffentlichen Arbeiten beschäftigt werden sollen, einen Zuschuß von 3 Dollar zu gewähren. Trend eine finanzielle Hilfe für Arbeitslose gibt es in den Vereinigten Staaten nicht.

Snowden ist optimistisch

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

London, 16. Oktober

Schätzungen Snowdens hat bei einem gestern vom Lordkanzler in der Mansion House veranstalteten Bankett, an dem zahlreiche Bankiers und führende Kaufleute der City teilnahmen, ein Echo für seine Finanzpolitik und die Aussichten für die Zukunft gegeben.

Snowden begann seine Erklärungen mit der Feststellung, daß die lang erregte Wiederbelebung des Handels jetzt lange auf sich warten lasse, aber gerade jetzt dürfe man sich keinem Pessimismus hingeben, denn dieser sei einer der Faktoren, die die Bekämpfung des Handels vermindern. Es habe schon früher gleich schwere Depressionen gegeben und sie jetzt, nur hundert Jahren seit der Lage nahezu dieselbe gewesen. Er habe der Zukunft keineswegs pessimistisch gegenüber. Der Engländer sei aber ein einmal genügt, das Welt zu überleben und die Lage schwächer anzusehen, als sie wirklich ist. England leide weniger als einige der anderen großen Industrieländer. England habe in den

Gefängnis gegen Wirtschaftskrise

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

Rom, 16. Oktober

Der Minister hat gestern auf dem Verordnungsweg scharfe Strafmaßnahmen zur Bekämpfung unredlicher und verantwortungsloser Zeiter von Handelsgehilfen erlassen. Sehr hohe Geldstrafen und Gefängnisstrafen bis zu zehn Jahren werden, denjenigen Personen angedroht, die als Gehilfen, Verwaltungszustellungsgeber, Spandier oder Klauenträger von Handelsgehilfen durch betrügerisches oder falsches Vorgehen die Aktienhaber benachteiligen oder das öffentliche Wirtschaftsleben schädigen. Mit Strafe bedroht werden ferner Generaldirektoren oder Mitglieber von Aufsichtsräten, die direkt oder durch Zwischenpersonen bei der Gesellschaft, der sie vorstehen, oder bei von dieser Gesellschaft kontrollierten Unternehmen Anleihen aufnehmen.

Mussolini hat also seine kürzlich in öffentlicher Rede ausgesprochenen Forderungen gegen „gewisse Wirtschaftsführer“ scharf voll gemacht. Es fragt sich, ob die neuen Strafmaßnahmen wirkende Kraft haben werden, so daß man sie schon in den nächsten Tagen anwenden kann, die Anzahl zu ihrer Verhängung waren.

legen sechs Monaten einen größeren Teil seiner Produktion aufzubehalten als Deutschland oder Amerika.

Snowden erklärte ferner, daß die Regierung nicht viel zur Hilfe tun könne. Die Industrie müsse sich selbst helfen; doch habe die Regierung durch Arbeitsbeschaffung sich zur Wehrung getan. In Bezug auf finanzielle Maßnahmen erwähnte Snowden, daß die Konvertierungspolitik der Regierung. In vergangenen Jahren seien drei bedeutende Anleiheoperationen ausgearbeitet worden, und die letzten fünfjährigen Schatzwechselanleihen seien zu den niedrigsten Zinsen seit dem Krieg erfolgt. Er plane ausgeübte Konvertierungsoperationen, sobald er die Zeit dazu gut gekommen habe.

Eine Konzeption an die Stimmung im Land, die sich vor allem die konteraktive Parteipropaganda junger Mäde, wie die Zeitung Snowdens, daß die Arbeitslosenpolitik nicht zu einer neuen Aufregungspolitik für die Bevölkerung werden dürfe. Die Arbeitslosenunterstützung müsse weiter auf eine rechte Verfassungsbasis gebracht werden. Allerdings werde die harte Übernahme der Arbeitslosen durch einen neuen Fußstap in den Arbeitslosenfordern erforderlich machen.

Die Gefangenen von Drest-Eltow

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

Warschau, 16. Oktober

Von den in Drest-Eltow gefangenen jüdischen politischen Depositionsgefangenen haben mehrere, darunter der frühere Ministerpräsident Bittor, jetzt, wie die Regierungspresse mitteilt, erklärt, zum ersten Geleit nicht mehr fahndieren zu wollen. Die Depositionsblätter würden erkennen lassen, daß die bisherigen Parlamentarier aus wie vor ohne jede Verbindung mit der Außenwelt sind.

Von den in Zusammenhang mit dem angeblichen Stenogramm gegen Pilsudski verhafteten sozialistischen Funktionären ist ein Teil wieder freigelassen worden. Der sozialistische Gemeindefunktionär Dazynski erklärt eine öffentliche Erklärung, in der er gegen die Verhaftungen während des Volkskampfes protestiert, die Massen aufzurufen, nicht prozessieren zu lassen, und zum Schluss der Meldung einbietet, daß gegen die Deposition sich durchaus kein Urteil der Richter zu unterwerfen habe.

Streikfrage unverändert

Der Streik in der Berliner Metallindustrie hat seit gestern keine wesentliche Veränderung erfahren. Die Zahl der Streikenden hat sich etwas erhöht. Auch bei den Eisenarbeiten ist die Zahl der Arbeitslosen zurückgegangen. Zu weiteren Ausschreitungen ist es nach den bisher vorliegenden Meldungen nicht gekommen. Die Streikteilnahme vor allen Betrieben, in denen ein Teil der Beschäftigten gebildet ist, ist weiterhin aufgeteilt, doch kann am Donnerstagabend, wie die Arbeitsstellenstellen werden erschienen, lediglich zu einem gelegentlichen Wortwechsel. Die Polizei hat nirgends einschreiten müssen.

Die Kommunisten entfalten eine rege Agitationspolitik. Der Deutsche Metallarbeiterverband hat die Obleute zu einer Versammlung auf Donnerstag nachmittag einberufen, bei der über den Stand des Streiks berichtet werden soll. Die Kommunisten wollen mit dieser Versammlung durch eine Rundung unter freiem Himmel fortsetzen. Sie fordern vor der Reichslandeshauptversammlung, auf diese Demonstration zu belaufen, an die sich vermutlich Tausende anschließen werden.

Zu einem kleinen Interesse hat der Streik in der Berliner Kunsthandlung geführt. Es sollte im Rahmen der aktuellen Württemberg eine Distinktion über den Konflikt in der Metallindustrie zwischen Vertretern der beiden Parteien stattfinden. Dem Vertreter des Verbandes Berliner Metallarbeitervereine wurde jedoch bei dem Versuch, den Konflikt zu distinktion zu veranlassen, die Teilnahme verweigert, so daß die beiden Distinktion vom Programm abgelehnt werden mußte. Es wurde ein anderes Thema gefunden: Reichsstaatspräsident 226 wird über die politische Lage interviewt werden.

Die sozialdemokratische Reichsstaatspräsident hat einen Antrag eingebracht, wonach der Reichstag beschließen soll, den Reichsarbeitsminister aufzufordern, den Schiedspruch vom 10. Oktober für die Berliner Metallindustrie nicht für verbindlich zu erklären.

Filmoberprüffstelle gegen Fritz

Einspruch gegen Dupont-Film verworfen

Das Thüringische Staatsministerium unter Leitung De. Feld hat, wie bereits gemeldet, den Dupont-Film „Die 12 Apostel“ in Thüringen verboten, da er angeblich zum Abfall und Abstreifen der Thüringer führt. Dem Film nun eine Sitzung der Berliner Filmoberprüffstelle fest, in der zu dem Abstreifungsantrag Fritz Stellung genommen wurde. Die Filmoberprüffstelle stellte fest, daß der Film „Zwei Welten“ kein Film sei und deshalb auch das deutsche Publikum im Ausland nicht herabsetzen könne, wie Feld es behauptet hatte. Der Einspruch der Thüringischen Staatsregierung wurde deshalb verworfen.

Wer waren die Tumultuanten?

Falschmeldungen gegen die Polizei

Der Polizeipräsident von Berlin teilt mit: „Nach einer Agenturmeldung hat ein Chemnitzer Blatt die Behauptung aufgestellt, daß der Polizeipräsident in Berlin in einem vertraulichen Rundschreiben an die Polizeipräsidenten der preussischen Provinzhauptstädte die Tumultuanten vom vergangenen Sonntag als Kommunisten bezeichnet habe, aus politischen Gründen habe man jedoch diese Angabe der Öffentlichkeit nicht mitgeteilt.“

Zu diesen Behauptungen ist festgestellt, daß sie falsch und fauler unannehmlich sind. Der Polizeipräsident in Berlin hat weder ein Rundschreiben an die Polizeipräsidenten der anderen preussischen Städte geschickt, noch er dergleichen nicht gesagt ist, noch hat er irgendwelche politischen Tatsachen, die ihm anlässlich der betannten Vorgänge in der Leipziger Straße bekanntgeworden sind, der Öffentlichkeit vorzulegen oder die Öffentlichkeit in irreführender Weise informiert.

Der Polizeipräsident befüßt sich vor, gegen das Chemnitzer Blatt Strafverfahren zu stellen.“

Charakteristisch für die Art, wie fern von Berlin entliehen wird, ist das „Süddeutsche Tageblatt“. Dori wird behauptet, die Tumultuanten hätten zur Freilassung gezwungen. „Deutschland erwacht“ und „Welt Vater“ gehen. Es handelt sich durchweg um Gegner der nationalsozialistischen Bewegung.

Schicksal Amerika-Rundfahrt

Der frühere Reichsarbeitsminister Schacht sprach am Mittwoch in der Columbia-Universität in New York im gleichen Sinne über Deutschlands Vertragsrechte wie zuvor in der Yale-Universität.

Young-Abstimmungen in Dresden

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

Dresden, 16. Oktober

Am nächsten Samstag gab es gestern eine Debatte über die Resolution des Young-Plans. Mit 67 Stimmen der Mitte gegen 26 Stimmen der Kommunisten und der Nationalsozialisten wurde heute ein Antrag der K. P. D. auf sofortige Einleitung einer Forderung für den Young-Plan abgelehnt.

Mit 61 gegen 31 Stimmen wurde ein sozialdemokratischer Antrag auf Einleitung von Verhandlungen zur Revision des Young-Planes gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt, dagegen der weitere sozialdemokratische Antrag, die vertriebenen Reichsdeutschen auf die „tragfähigen Schritten“ zu legen, mit 47 gegen 64 Stimmen angenommen.

Angenommen wurde mit 82 gegen 12 Stimmen ein gemeinsamer Antrag aller Parteien von den Demokraten bis zu den Nationalsozialisten, die Regierung auf die Reichsregierung einzusetzen, die sie am stärksten der wirtschaftlichen Lage mit allem Nachdruck und beständigst sich bemühe, Verhandlungen zur Revision des Young-Planes einzuleiten. Gegen diesen Antrag stimmten nur die Kommunisten.

Reichstagspräsidium bei Hindenburg

Reichstagspräsident 226 und die Vizepräsidenten Gehr, Eber und Graef-Zhillingen haben sich heute zum Reichstagspräsidium bei Hindenburg begeben, um 12 Uhr als die neu gewählten Mitglieder des Reichstagspräsidiums vorzustellen.

Haussstellung an der Börse

In- und ausländische Deckungen

Die Tatsache, daß bei der Feststellung der ersten Kurse immer neue ... Zeichen an den leuchtendsten Kurstafeln aufsprangen, überraschte die Börse in außergewöhnlichem Maße.

Die größte Steigerung hatten Berger Tiefbau mit einem Sprung auf 234 (+ 15%) aufzuweisen. Es folgten Südwertfah mit einer

Vertrauensvotum aus U.S.A.

Der Ausschuss für Auslandsanleihen der amerikanischen Investment Bankers Association, die gegenwärtig ihre 19. Jahres-

Die Forderung auf 22 1/2 (+ 1 1/2) und in ihrer Gefolgschaft Ascher-

Die Forderung auf 22 1/2 (+ 1 1/2) und in ihrer Gefolgschaft Ascher-

Die Forderung auf 22 1/2 (+ 1 1/2) und in ihrer Gefolgschaft Ascher-

Die Forderung auf 22 1/2 (+ 1 1/2) und in ihrer Gefolgschaft Ascher-

Die Forderung auf 22 1/2 (+ 1 1/2) und in ihrer Gefolgschaft Ascher-

Die Forderung auf 22 1/2 (+ 1 1/2) und in ihrer Gefolgschaft Ascher-

Die Forderung auf 22 1/2 (+ 1 1/2) und in ihrer Gefolgschaft Ascher-

Die Forderung auf 22 1/2 (+ 1 1/2) und in ihrer Gefolgschaft Ascher-

Unnotierte Werte

Table with columns for company names (e.g., Adler Kohn, Borchers Loehr) and their corresponding values.

* In Mark per Stück

Reichsschulbuch - Forderungen

Table with columns for bond types (e.g., 3 1/2% Gold Brief) and their values.

Am Geldmarkt war nach dem Medo eine Entspannung für Tagesgeld festzustellen. Die Zinsen gingen auf 10-15% zurück.

Gegen Schluß Farben-Interesse

Gegen 2 Uhr blieb die Tendenz unverändert, die Kurse zeigten zum großen Teil keine, allerdings kleine Befestigung.

Sätze zum Pressen

Aluminium billiger

Wie wir erfahren, ist auf der Londoner Tagung des Europäischen Aluminiumkartells der Preis für Rohaluminium er-

schnittlich 20 RM pro 10 Tonnen ermäßigt worden, insbesondere auch für alle Stationen, in denen bisher eine Senkung der Fabrikationspreise für geschmolzenes Aluminium

Zement weiter ermäßigt

Der Norddeutsche Zementverband hat für sein ganzes Syndikatsgebiet mit sofortiger Wirkung die Aufpreise

Vor Senkung der Reifen-Rabatte

Anch die neuerliche Senkung der Gummi-Preispreise für Personwagen durch die größten Fabrikanten mit sofortiger Wirkung

N.A.G. Büssing

Vor Gründung der Lastauto-Holding

Die Verhandlungen über die Gründung einer deutschen Lastauto-Holding sollen nunmehr vor dem Abschluß stehen.

Noch kein Schutzgebots-Urteil

Vor der 36. Zivilkammer des Landgerichtsdirektors Günther beim Landgericht I Berlin wurde der Prozeß um die hundert-

Verluste bei Lindener Eisen

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

Hannover, 16. Oktober Die Lindener Eisen- und Stahlwerke, Hannover-Linden, die zum Interessenkreis des Bankhauses Eprhaim Meyer ge-

Warenmärkte

Produkturbörsen fester

Am Markt der Zeitgeschäfte der Berliner Produkturbörsen machte sich stärkeres Deckungsbedürfnis namentlich für Roggen bemerkbar.

Eine Karstadt-Expansion

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

Die Michel u. Co. AG. in Wuppertal-Ellerberg, welche in einer

Amst. festgesetzte Preise an den Produkturbörsen

Table with columns for commodity names (e.g., Weizen, Roggen) and their prices.

Bankrott finanziell gerüstet

In der auf Wunsch der Opposition neu einberufenen G.V. der Ferd. Rückfort

